

Stadt Hilden

N i e d e r s c h r i f t

über die 6. öffentliche Sitzung des Integrationsrates am Donnerstag, 28.04.2022 um 17:00 Uhr, im Bürgertreff (Lortzingstraße 1 in 40724 Hilden)

Anwesend waren:

Vorsitz

Herr Hamza El Halimi SPD

stell. Vorsitz

Herr Martin Falke CDU

ordentliche Mitglieder

Herr Cosimo Dell'Abate Einzelbewerber

Herr Halim Aoudia SPD

Herr Marco Martins Pereira SPD

Frau Chariklia Brüning DIE LINKE

Fraktionen

Frau Susanne Brandenburg CDU

Herr Oliver Kohl Allianz für Hilden

Frau Sandra Kollender SPD

Frau Helen Kehmeier Bündnis 90/Die Grünen

Frau Julia Gerhard FDP

Herr Marlon Buchholz AfD

Herr Ralf Peter Beier BÜRGERAKTION

Von der Verwaltung

Herr Beigeordneter Sönke Eichner Stadt Hilden

Frau Marie-Thérèse Barbezat-Rosdeck Stadt Hilden

Frau Anja Voß Stadt Hilden

Herr Tobias Wobisch Stadt Hilden

Tagesordnung:

Eröffnung der Sitzung

- 1 Verpflichtung von Herrn Halim Aoudia

Änderungen zur Tagesordnung

Einwohnerfragestunde

- 2 Befangenheitserklärungen
- 3 KOMMA e.V. - ein Migrantenverein stellt sich vor
WP 20-25 SV 51/129
- 4 Bericht zur Umsetzung des Maßnahmenkataloges Integration 2021 / Planung des
Maßnahmenkataloges Integration 2022
WP 20-25 SV 50/048

- 5 Antrag Bündnis 90/Die Grünen vom 28.01.2022, Ergänzungsantrag zu:
WP 20-25 SV 50/050/1
"Neufassung der Benutzungs- und
Gebührensatzung für Unterkünfte für
Flüchtlinge und Obdachlose der Stadt
Hilden"
WP 20-25 SV 50/055
- 6 Neufassung der Benutzungs- und Gebührensatzung für Unterkünfte für Flüchtlinge
und Obdachlose der Stadt Hilden
WP 20-25 SV 50/050/2
- 7 Fallzahlenentwicklung Asyl
WP 20-25 SV 51/136
- 8 Sachstandsbericht Asyl
WP 20-25 SV 51/138
- 9 Integrationsarbeit im Flüchtlingsbereich
WP 20-25 SV 51/131
- 10 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen
- 11 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

Eröffnung der Sitzung

Herr El Halimi, Vorsitzender, begrüßte die Mitglieder des Integrationsrates, eröffnete die 6. Sitzung und stellte fest, dass zur Sitzung ordnungsgemäß eingeladen worden war und die Sitzungsunterlagen form- und fristgerecht zugegangen seien.
Sodann wurde wie folgt beraten und beschlossen:

- 1 Verpflichtung von Herrn Halim Aoudia
-

Der Vorsitzende Herr El Halimi verpflichtete das neue Mitglied des Integrationsrates Herrn Halim Aoudia, der nach dem Ausscheiden von Frau Thalia Banti von der Liste der SPD nachgerückt war.

Änderungen zur Tagesordnung

Keine

Einwohnerfragestunde

Es gab keine Wortbeiträge.

- 2 Befangenheitserklärungen
-

Keine

Frau Naja Gerner und Frau Olga Karakoyun stellten ihren Verein Komma e.V. vor.

Die 1. Vorsitzende Frau Nadja Gerner erläuterte, dass sich im Verein mehrheitlich Hildener Bürger/innen engagieren, die hinsichtlich ihrer Herkunft und ihrer Religion vielfältig seien. Alle verbinde jedoch die Migrationserfahrung und der Wunsch, sich in Hilden zu engagieren. Die Gründungsmitglieder stammen aus sechs verschiedenen Ländern.

Im Mittelpunkt stehe die Absicht, die Teilhabe von Kindern, Jugendlichen, älteren Menschen mit Zuwanderungsgeschichte zu fördern.

Frau Olga Karakoyun, aktives Mitglied im Verein und Hildenerin, ergänzte, dass ihr Interesse an dem Engagement aus ihrer persönlichen Erfahrung und aus beruflicher Tätigkeit resultiere. Sie erwähnte, dass der Verein derzeit bereits eine Beratung im Rahmen der Sachspendenausgabe an der Hummelsterstraße 1 anbiete.

Außerdem plane der Verein im Jahr 2022 ein Sprachförderangebot, das aus dem Maßnahmenkatalog Integration gefördert würde.

Herr Buchholz/AfD erkundigte sich, warum man die Gründung eines neuen Vereins bevorzugte, anstatt sich in einem bereits vorhandenen Verein zu engagieren.

Frau Karakoyun erklärte, dass die Mitglieder aus Migrantenvereinen zumeist aus dem gleichen Herkunftsland stammen, der Verein Komma e.V. jedoch Mitglieder aus unterschiedlichen Ländern und Kulturen vereinen würde.

Frau Brandenburg/CDU fragte nach, was die Mitglieder des Vorstands des Vereins dazu bewegen würde, sich in Hilden zu engagieren, da sie alle außerhalb von Hilden leben würden.

Frau Karakoyun führte aus, dass alle Mitglieder des Vereins durch eine langjährige Freundschaft und ihre Absicht, sich sozial engagieren zu wollen, miteinander verbunden seien.

Der Integrationsrat nahm die Vorstellung des Vereins KOMMA e.V. zur Kenntnis.

Herr Buchholz/AfD bemerkte zu Verwendungsnachweis 1.10 („Wo drückt der Schuh“, WiD), dass der Verein laut der gemachten Angaben einen Betrag für das Projekt ausgegeben hat, der höher sei als der Förderbetrag, der dem Verein gewährt worden war. Er fragte nach, ob dies so richtig sei.

Herr Beigeordneter Eichner sagte zu, bei dem Verein WiD nachzufragen und die Antwort in der Niederschrift mitzuteilen. Die Nachfrage ergab folgendes: Frau Scheremeta, die frühere Vorsitzende des Vereins, die für das Projekt verantwortlich war, erklärte auf die Nachfrage, dass der Verein über Mitgliedsbeiträge und den Globalzuschuss verfüge, aus denen man die erhöhten Kosten bezahlt habe. Die tatsächlichen Kosten des Projekts überschritten den Zuschuss, so, wie es im Verwendungsnachweis festgehalten ist.

Außerdem merkte Herr Buchholz/AfD an, dass zwar „Ja“ bei der Frage „Wurde die Maßnahme wie geplant durchgeführt?“ angekreuzt wurde, bei der Beschreibung der Durchführung des Projektes jedoch erwähnt wurde, dass Elternabende und Seminare aufgrund von Beschränkungen nicht stattfinden konnten.

Zu Anlage 2.12 äußerte Herr Buchholz/AfD, dass er sich mehr Beschreibung der Maßnahme gewünscht hätte - die Darstellung der Maßnahme erinnere ihn mehr an einen „Werbetext“.

Frau Kehmeier/Bündnis90/Die Grünen erkundigte sich, ob ihr Eindruck richtig sei, dass in diesem Jahr ein höheres Antragsvolumen zugrunde läge.

Herr Wobisch erklärte hierzu, dass es bereits in den Vorjahren so gewesen sei, dass in etwa doppelt so viel Geld beantragt wurde, wie zur Verfügung stand.

Der Wegfall der „zweckgebundenen Einzelzuschüsse an die Migrantenvereine“ ist laut Herrn Wobisch ein Grund dafür, dass die Vereine nun zusätzlich Mittel aus dem Maßnahmenkatalog beantragen würden.

Herr Beigeordneter Eichner ergänzte, dass im Zuge der Haushaltskonsolidierung die Einzelzuschüsse an die Vereine weggefallen seien, dafür aber der Rahmen des Maßnahmenkataloges angehoben wurde.

Er verwies darauf, dass das Projekt „Griffbereit“ des DRK zugunsten mehrerer kleinerer Projekte nicht aus dem Maßnahmenkatalog gefördert werde, es aber stattdessen aus Jugendhilfemitteln finanziert werde, sodass der Fortbestand gesichert sei.

Beschlussvorschlag:

1. Der Integrationsrat nahm den Bericht der Verwaltung über die Umsetzung des Maßnahmenkataloges 2021 zur Kenntnis.
2. Der Integrationsrat empfahl dem Sozialausschuss die Umsetzung des vorgelegten Maßnahmenkataloges zur Integrationsförderung für das Jahr 2022.

Abstimmungsergebnis:

Im Hinblick auf den Maßnahmenkatalog 2022 beantragte Herr Beier/Bürgeraktion über die Maßnahmen der Anlagen 2.18 und 2.19 einzeln abzustimmen.

Über alle übrigen Maßnahmen wurde wie folgt abgestimmt:

Ja: 12 Stimmen, Nein: keine Stimme, Enthaltungen: 1 Stimme (Herr Buchholz/AfD)

Über die Maßnahmen der Anlagen 2.18 und 2.19 wurde wie folgt abgestimmt:

Ja: 11 Stimmen, Nein: 1 Stimme (Herr Beier/Bürgeraktion), Enthaltungen: 1 Stimme (Herr Buchholz/AfD).

- | | | |
|---|---|--------------------|
| 5 | Antrag Bündnis 90/Die Grünen vom 28.01.2022, Ergänzungsantrag zu:
WP 20-25 SV 50/050/1
"Neufassung der Benutzungs- und Gebührensatzung für Unterkünfte für Flüchtlinge und Obdachlose der Stadt Hilden" | WP 20-25 SV 50/055 |
|---|---|--------------------|
-

Frau Brandenburg/CDU merkte an, dass es ihrer Meinung nach „Nutzungsordnung“ anstatt „Benutzungsordnung“ lauten müsse.

Frau Kehmeier/Bündnis90/Die Grünen warb noch einmal für den Vorschlag ihrer Fraktion zur Staffelung der Gebühren. Man sollte dem Beispiel der Stadt Bochum folgen.

Antragstext:

Die Fraktion von Bündnis 90/ DIE GRÜNEN stellt folgenden Ergänzungsantrag:
Der Rat beschließt nach Vorberatung im Sozialausschuss die vorliegende Gebührensatzung mit folgender Ergänzung zu beschließen:

In § 4 Benutzungsgebühren wird ein neuer Absatz hinzugefügt.
(NN) Ausnahmen

Abweichend gelten auf Antrag für Personen, welche die Benutzungsgebühr vollständig aus eigenem Einkommen aufzubringen haben (Selbstzahler), folgende Regelungen:

1. Wenn das Einkommen der Nutzerin/des Nutzers lediglich

a) bis zu 20 v.H. über dem jeweils aktuellen Regelbedarf nach dem SGB II und XII liegt, dann beträgt die monatliche Benutzungsgebühr 70,00 Euro,

b) bis zu 40 v.H. über dem jeweils aktuellen Regelbedarf nach dem SGB II und XII liegt, dann beträgt die monatliche Benutzungsgebühr 110,00 Euro,

c) bis zu 60 v.H. über dem jeweils aktuellen Regelbedarf nach dem SGB II und XII liegt, dann beträgt die monatliche Benutzungsgebühr 150,00 Euro pro Nutzerin/Nutzer.

2. Sollte das Einkommen mehr als 60 v.H. über dem jeweils aktuellen Regelbedarf nach dem SGB XII liegen, ist die volle Benutzungsgebühr von monatlich 195,00 Euro pro Nutzerin/Nutzer zu zahlen.

3. Leben Nutzerinnen/Nutzer in einer Bedarfsgemeinschaft, dann sind die jeweiligen Regelbedarfe aller Personen in der Bedarfsgemeinschaft zusammengerechnet dem Gesamteinkommen der Bedarfsgemeinschaft gegenüberzustellen.

4. Die Miete darf für Leistungsbeziehende nach SGB II und XII die Mietzahlungen des Leistungserbringers nicht übersteigen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt

Ja: 3 Stimmen von Frau Brüning/Die Linke, Frau Kehmeier/Bündnis90 Die Grünen, Herr Beier, Bürgeraktion

Nein: 10 Stimmen

Enthaltungen: keine

6 Neufassung der Benutzungs- und Gebührensatzung für Unterkünfte für Flüchtlinge und Obdachlose der Stadt Hilden WP 20-25 SV 50/050/2

Frau Brandenburg/CDU wies darauf hin, dass es ihrer Meinung nach im Beschlussvorschlag „Nutzungs- und Gebührensatzung“ statt „Benutzungs- und Gebührensatzung“ lauten müsste.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Hilden beschließt nach Zustimmung durch den Integrationsrat und nach Vorberatung im Sozialausschuss die Neufassung der Benutzungs- und Gebührensatzung für Unterkünfte der Stadt Hilden.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen

Ja: 9 Stimmen

Nein: 3 Stimmen von Frau Brüning/Die Linke, Frau Kehmeier/Bündnis90 Die Grünen, Herrn Beier/Bürgeraktion

Enthaltungen: 1 von Herrn Dell Abate/Einzelbewerber

7 Fallzahlenentwicklung Asyl

WP 20-25 SV 51/136

Herr Beigeordneter Eichner erklärte, dass die bisherige Sitzungsvorlage „Unterbringung und Integration von Flüchtlingen“ nun durch drei Sitzungsvorlagen abgelöst würde, um die entsprechenden Informationen differenzierter und übersichtlicher zu übermitteln.

Er begrüßte außerdem Frau Voß, Amtsleiterin des Amtes für Jugend, Schule, Integration und Sport in dem Gremium, die aufgrund der Umstrukturierung der Verwaltung nun regelmäßig an den Sitzungen teilnehmen werde.

Der Integrationsrat nahm die Ausführungen der Verwaltung zur Fallzahlenentwicklung im Bereich Asyl zur Kenntnis.

8 Sachstandsbericht Asyl

WP 20-25 SV 51/138

Herr Buchholz/AfD äußerte, aus seinem Bekanntenkreis Kenntnis davon zu haben, dass es bei der Ausländerbehörde Probleme bei der Erteilung von Arbeitserlaubnissen für ukrainische Flüchtlinge gebe.

Herr Beigeordneter Eichner entgegnete hierauf, dass dieses Problem aus der Registrierung der Flüchtlinge resultiere. Der „Flaschenhals“ sei ein Gerät, das für die Registrierung erforderlich ist und von dem lediglich ein Exemplar zur Verfügung stehe. Die Bezirksregierung würde in Kürze dem Kreis Mettmann ein paar weitere Geräte zur Verfügung stellen, sodass dann auch der Wechsel in das Sachgebiet des SGBII schneller vollzogen werden könne, wozu die Registrierung ebenfalls erforderlich sei.

Der Integrationsrat nahm die Ausführungen der Verwaltung zum Sachstand im Bereich Asyl zur Kenntnis.

9 Integrationsarbeit im Flüchtlingsbereich

WP 20-25 SV 51/131

Der Integrationsrat nahm die Ausführungen der Verwaltung zur Integrationsarbeit im Flüchtlingsbereich zur Kenntnis.

10 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen

Herr Beigeordneter Eichner bedankte sich bei allen Beteiligten, die in der jüngsten Zeit bei der Bewältigung der Aufgaben in Zusammenhang mit dem Zuzug von Flüchtlingen geholfen hatten. Er wies darauf hin, dass weitere Kapazitäten zur Unterbringung von Flüchtlingen geschaffen werden müssen, zumal Hilden die Zuweisungsquote nach dem Königsteiner Schlüssel derzeit nur zu 90% erfülle. Die in Hilden lebenden Flüchtlinge aus der Ukraine wohnten zur Hälfte in privaten Wohnungen und 50% (ca. 200 Personen) in städtischen Unterkünften.

Es sei notwendig einen „Puffer“ an Plätzen vorzuhalten, um Engpässe zu vermeiden.

Die Schulversorgung für alle ankommenden Kinder sei sichergestellt, in Kürze würde das Programm „Griffbereit“ zum Erlernen der deutschen Sprache für die Altersgruppe U3 aufgelegt.

Herr Kohl/Allianz für Hilden fragte nach, welche Kapazitäten derzeit zur Verfügung stehen.

Herr Beigeordneter Eichner antwortete, dass derzeit 700 Plätze zur Verfügung stehen, von denen noch ca. 100 verfügbar seien.

Herr Wobisch wies auf die Verleihung des Förderpreises Integration hin, welche am 15.06.2022, um 19:30 Uhr in der Stadtbücherei stattfindet. Verliehen werden dort die Preise für 2020 und 2021.

Herr Beigeordneter Eichner erwähnte, dass es derzeit Planungen für einen islamischen Friedhof bzw. ein islamisches Gräberfeld gebe. Die Verwaltung werde für die Sitzung des Ausschusses für Umwelt- und Klimaschutz am 19.05.2022 eine Sitzungsvorlage erstellen, die den Planungsstand zusammenfasse.

Herr El Halimi/SPD kündigte aufgrund beruflicher Belastung seinen Rücktritt vom Amt des Vorsitzenden an. Als Mitglied will er dem Integrationsrat weiterhin angehören.

11 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

Keine

Ende der Sitzung: 18:00 Uhr

Hamza El Halimi 28.07.2022
Vorsitzender

Tobias Wobisch 30.06.2022
Schriftführer

Gesehen:

Dr. Claus Pommer 08.07.2022
Bürgermeister

Sönke Eichner 08.07.2022
Beigeordneter